Presseschau vom 05.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

Tom Fowdy: **Chinas Reaktion gegenüber den USA bezüglich der Ukraine ist aufschlussreich**
China macht deutlich, dass die Art von Beziehungen, die von den USA angestrebt werden, nicht mehr tragfähig sind. Wenn die USA sich mit China einlassen wollen, dann weiß Peking einen sehr hohen Preis dafür anzusetzen. Die Situation um die Ukraine ist ein Beispiel dafür. …
https://kurz.rt.com/2sxn

de.rt.com: **Wieso hat Baerbock ein russisches Gesprächsangebot zur Deeskalation in der Causa RT DE abgelehnt?**
Beim Besuch von Außenministerin Annalena Baerbock in Moskau soll Russland ein Gesprächsangebot vorgelegt haben, um die Lage um RT DE zu deeskalieren. Deutschland soll dies rigoros abgelehnt haben. RT DE wollte auf der Bundespressekonferenz die Gründe dafür erfahren. …
https://kurz.rt.com/2t3x

de.rt.com: **Ukrainerin schreibt EU-Chefdiplomat Borrell: "Du bist ein Heuchler, Josep"**
Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, hat einen Artikel zum Konflikt zwischen Russland und dem Westen um die Ukraine geschrieben.

Darauf antwortete ihm die bekannte ukrainische Anwältin Tetjana Montjan mit einem offenen Brief, den wir hier in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Es lohnt sich, der bissigen Strafverteidigerin zuzuhören – es geht um Fundamentales. …
https://kurz.rt.com/2t2p

de.rt.com: **Balkan: Kroatien und Serbien rüsten auf**
Kroatien und Serbien scheinen ein kleines Wettrüsten entfesselt zu haben, das inmitten wachsender Spannungen zwischen Russland und der NATO stattfindet. Zagreb erhält seine neuen Waffen vom Westen; Serbien setzt auf Rüstungsgüter aus Russland und China. …
https://kurz.rt.com/2t43

de.rt.com: **"Distanzieren uns von den Protesten" – GoFundMe friert 9 Millionen Dollar für kanadische Trucker ein**
Das Crowdfunding-Unternehmen GoFundMe hat mitgeteilt, insgesamt neun Millionen Dollar, die auf dessen Webseite für kanadische Lkw-Fahrer gespendet wurden, nicht freizugeben. Das Geld soll an die Spender zurücküberwiesen werden. Die gegen die Corona-Politik des Landes protestierenden Trucker sollten so finanziell unterstützt werden. …
https://kurz.rt.com/2t4t

Rainer Rupp: **Altbewährte US-Methode: In der Ukraine-Krise mit Fake-Bildern Krieg schüren**
Was hat der US-amerikanische Krieg gegen Spanien vor 124 Jahren mit der angeblich unmittelbar bevorstehenden Invasion der Ukraine durch 100.000 russische Soldaten zu tun? Sehr viel, denn in beiden Fällen geht es um die überragende Bedeutung gefakter Bilder in manipulierten Geschichten, die als Beweismittel zur Rechtfertigung von Kriegen dienen. …
https://kurz.rt.com/2t0w

de.rt.com: **Deutsche-Welle-Intendant will Sender als "Anti-Putin-Kanal" ausrichten – Was sagt Olaf Scholz dazu?**
Olaf Scholz und das Auswärtige Amt haben keine Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung von RT DE. Der Bundeskanzler bewertet auch die vom Intendanten der Deutschen Welle verkündete Nutzung des Senders als Waffe gegen Russland nicht. Das ergab die Bundespressekonferenz. …
https://kurz.rt.com/2t4o

abends/nachts:

snanews.de: **Neue Mondstation – Russland und China beschließen Kooperation im All**
Der chinesische Staatschef Xi Jinping hat bei Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am heutigen Freitag in Peking die Bereitschaft seines Landes erklärt, mit Russland am Aufbau einer internationalen Forschungsstation auf dem Mond zusammenzuarbeiten. Weitere Themen waren vor allem Wirtschaft und Handel.
Die Internationale Mondstation ist Teil einer Technologiekooperation der beiden Länder. „China ist dazu bereit, gemeinsam mit Russland die bilaterale Zusammenarbeit in wissenschaftlicher und technologischer Innovation zu fördern“, sagte Xi laut einer Erklärung auf der Website des chinesischen Außenministeriums. Schwerpunkte dieser Initiative sind neben der Mondstation unter anderem „künstliche Intelligenz und Internet der Dinge“.
Die mondbasierte Forschungsstation soll von 2026 an entstehen und im Jahr 2035 einsatzbereit sein. Vorher sind Missionen zur Erkundung der Mondoberfläche auf der Suche nach geeigneten Standorten geplant. Eine einschlägige Vereinbarung ist nach russischen Angaben „so gut wie fertig und wird demnächst unterzeichnet“.

Ausweitung des Handels – trotz Pandemie

Russlands Präsident Wladimir Putin ist zur Eröffnung der Olympischen Winterspiele nach Peking gereist und hat sich vor der Eröffnungszeremonie zu Gesprächen mit dem chinesischen Staatsoberhaupt getroffen. Neben der Zusammenarbeit im Innovationsbereich ging es dabei auch um die Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation. Angesprochen wurden auch weniger erfreuliche Entwicklungen in der Weltwirtschaft.

Russland und China würden entschlossen gegen „Alleingänge und Protektionismus“ eintreten, heißt es in einer Mitteilung des Kremls. Man unterstütze und schütze das multilaterale Handelssystem mit der Welthandelsorganisation (WHO) im Zentrum, beteilige sich aktiv an der Reform der WHO.

Es gehe darum, den partnerschaftlichen Dialog in den Handels- und Wirtschaftsfragen zu stärken, die bestimmte Sorgen auslösten. „Russland und China sind bereit, ihren Beitrag zur Sicherung nachhaltiger und stabiler globaler sowie regionaler Lieferketten zu leisten und sich für ein offeneres, inklusives, transparentes sowie diskriminierungsfreies System internationaler Handels- und Wirtschaftsregeln einzusetzen.“

Die gute Zusammenarbeit zwischen Russland und China habe sich auch in Zeiten der Pandemie bewährt, hieß es weiter. Man werde noch mehr gemeinsam daran arbeiten, den grenzüberschreitenden Warenverkehr auch unter den erschwerten Bedingungen einer Pandemie effektiver zu gestalten. Vor allem aber würden die beiden Länder „ihre Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten gegen das neue Coronavirus“ weiter vertiefen.

250 Milliarden Dollar Handelsvolumen pro Jahr

Staatsoberhaupt Xi hat bei den Gesprächen mit Präsident Putin eine neue Zielmarke für den russisch-chinesischen Handel ausgerufen. So soll das Handelsvolumen der beiden Länder auf 250 Milliarden Dollar pro Jahr wachsen. Im vergangenen Jahr tauschten Russland und China Waren und Dienstleistungen im Wert von 200 Milliarden Dollar aus. Vor vier Jahren betrug das russisch-chinesische Handelsvolumen noch 100 Milliarden Dollar.

250 Milliarden Dollar sei ein ambitioniertes Ziel, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Es sei aber auch eine realistische Zielmarke, „wenn man die gegenwärtige Dynamik der bilateralen Beziehungen bedenkt“. Worauf es dabei ankomme, sei die Diversifizierung des Warenaustauschs, damit beide Länder eine neue Qualität in ihren Handelsbeziehungen erreichten.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/06/09/2439753_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_96f585cae64fcc47f818c1cbf55b8677.jpg

unsere-zeit.de: **DKP zur Eröffnung der Olympischen Winterspiele**

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, erklärt anlässlich der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Beijing, VR China:
„Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten die Olympischen Winterspiele zum ersten Mal in einem Entwicklungs- bzw. Schwellenland stattfinden.
Die Propaganda in den westlichen Medien gegen diese Winterspiele ist im Kern eine Fortführung der kolonialen und neokolonialen Propaganda. Man fühlt sich an Zeiten erinnert, in denen Wintersport das alleinige Privileg der Reichen war.
Allerdings kommt heute eine Menge an Kriegspropaganda dazu, die dem olympischen Gedanken diametral widerspricht.
Die deutsche Regierung wäre gut beraten gewesen, diese Gelegenheit zu nutzen, um Diplomatie für den Frieden zu betreiben. Diese Chance ließ man ungenutzt, weil man sich weder dem imperialistischen Großmachtanspruch der USA, noch eigener Ambitionen entledigen konnte. Da hat die Ampel wiederum versagt.
Wir deutschen Kommunistinnen und Kommunisten freuen uns darüber, dass die olympischen Winterspiele in Beijing stattfinden. Wir sind sicher, dass sie einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten werden. Damit werden sie dem olympischen Gedanken gerecht. Daran wird auch die Propaganda des Westens nicht ändern.“
Essen, 4. Februar 2022

deu.belta.by: **Lukaschenko erzählte, warum er sich vor dem Palast der Unabhängigkeit mit Maschinengewehr zeigte**
Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat im Interview mit dem russischen Journalisten, Rundfunk- und Fernsehmoderator Wladimir Solowjow in Detail erzählt, warum er sich im August 2020 mit einem Kalaschnikow-Maschinengewehr vor dem Palast der Unabhängigkeit zeigte.
Solowjow stellte viele Fragen zu den Ereignissen vom August 2020. „Für mich war entscheidend, als Sie bewaffnet auf dem Gelände des Palastes der Unabhängigkeit landeten. Ich musste meine Einstellung zu Ihnen überdenken. Es war einleuchtend: Lukaschenko ist kein Janukowitsch“, sagte der Journalist. Der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch war 2014 aus dem Land geflohen.
„Zwischen Janukowitsch und mir gibt es einen riesengroßen Unterschied. Er hatte eine Menge Geld. Das Geld regiert die Politik. Das Geld drückt, es ist immer knapp und wird im Ernstfall immer zuerst gerettet“, bemerkte Alexander Lukaschenko.
„Ich glaube, als Sie sich mit dem Maschinengewehr in der Öffentlichkeit zeigten, war allen klar, dass Sie bereit sind zu sterben und nicht zu fliehen oder zu kapitulieren“, sagte Wladimir Solowjow.
Der belarussische Präsident berichtete über die Einzelheiten dieses denkwürdigen Tages: „Erstens. An dem Tag wurden die Informationen über meine angebliche Flucht und die Flucht meiner Kinder sehr schnell verbreitet. Das war natürlich vollkommen falsch. Deshalb griff ich sofort nach dem Maschinengewehr, hab die kugelsichere Weste angezogen, nur den Helm vergessen. Ich wusste nicht, wie alles ablaufen wird. Niemand hat gezittert. Ich wusste, wie unsere Jungs (Gesetzeshüter) handeln. Sie haben alles getan, was ich ihnen gesagt habe. Aber ich musste ihnen zeigen, dass ich nicht weggelaufen bin, dass ich hier bin. Und das gilt auch für meine Kinder. Ich stieg in den Hubschrauber und landete in wenigen Minuten dort. Ich hatte meine Waffe dabei“.
Der Staatschef erklärte, dass die Residenz des Präsidenten und der Ort, an dem er wohnt, in solchen Zeiten immer von „jedem Dreckskerl“ angegriffen werden können. „Sie planten einen Angriff auf die Residenz. Ich bin davon ausgegangen, dass dies möglich ist. Wenn man bereits den Palast der Unabhängigkeit stürmen will, ist das ein großes Risiko“, sagte Alexander Lukaschenko. „Und sie wussten, dass sie damit die rote Linie überschreiten.“

Der Präsident sagte auch, dass man in dieser Zeit oft versucht hatte, Waffen und Munition aus der Ukraine nach Belarus zu schmuggeln. „Wir haben große Mengen an Waffen und Munition aus der Ukraine beschlagnahmt“.

Lukaschenko über die Schaffung des souveränen Belarus: Das Wertvollste, was meine Generation getan hat

… Alexander Lukaschenko … hat im Interview mit … Wladimir Solowjow gesagt, dass er sich in seinem Amt des Präsidenten als ein Mensch sieht, der zusammen mit den Bürgern seiner Generation an der Schaffung des belarussischen Staates beteiligt war.

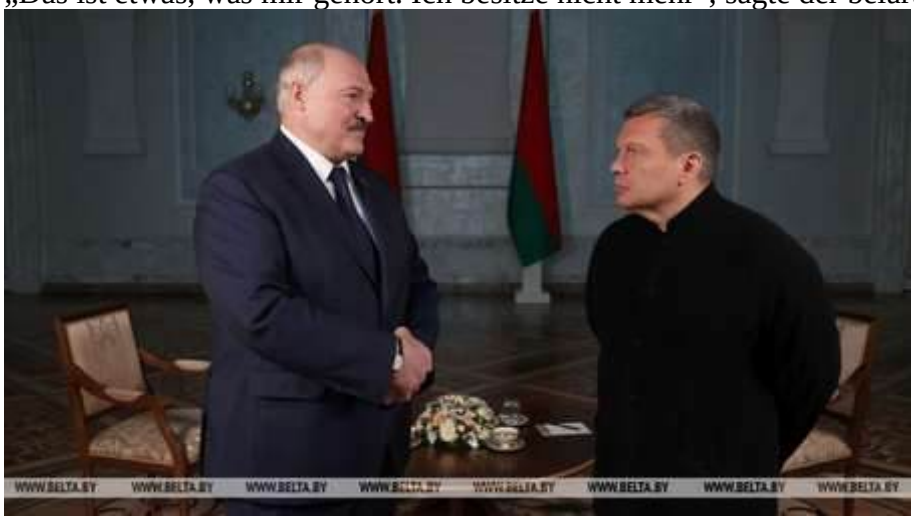
„Was halten Sie von sich selbst?“, fragte Solowjow. „Sind Sie Präsident von Belarus; sind Sie der Vater der belarussischen Nation; sind Sie der Schöpfer des modernen belarussischen Staates; sind Sie ein Diktator, von dem das Leben jedes einzelnen Belarussen abhängt? Was ist Ihre innere Auffassung von sich selbst?“

„Ich bin ein menschliches Wesen. ... Ich sehe mich nicht als Schöpfer“, antwortete der Staatschef.

Er habe sich an der Schaffung des modernen belarussischen Staates nicht allein, sondern gemeinsam mit seinen Kollegen, ja mit einer ganzen Generation von Belarussen, beteiligt, betonte Alexander Lukaschenko. „Gemeinsam mit meinen Kollegen, die mit mir zu verschiedenen Zeiten zusammengearbeitet haben, haben wir zum ersten Mal in der Geschichte von Belarus einen souveränen, unabhängigen Staat geschaffen. Ich denke so. Das ist das Wertvollste, was meine Generation, nicht nur ich, getan hat“, sagte der belarussische Präsident.

„Das ist ihr Werk…“, fügte Solowjow hinzu.

„Das ist etwas, was mir gehört. Ich besitze nicht mehr“, sagte der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1643993631_59690_big.jpg

snanews.de: **USA und Europa arbeiten an Diversifizierung des EU-Energieimports**

Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, stehen die USA mit ihren Partnern in Kontakt, um die Gasversorgungsquellen in Europa zu diversifizieren, sollte die Krise um die Ukraine eskalieren.

„Wir stehen in Kontakt mit unseren europäischen Partnern sowie großen Lieferanten darüber, was getan werden kann und wie wir die Lagerbestände erhöhen können, um ihren Bedarf zu decken“, sagte Psaki am Freitag während eines Briefings.

Europäische und US-amerikanische Beamte befürchten, dass Moskau auf mögliche wirtschaftliche Sanktionen im Falle eines Konflikts reagieren könnte. Ihre Länder gehen davon aus, dass Russland seine Erdgaslieferungen nach Europa, wo man zu etwa 40 Prozent davon abhängig ist, reduziert oder unterbricht. Anders als bei Erdöl gibt es auf dem globalen

Erdgasmarkt kaum Kapazitätsreserven.
Russland hat aber mehrmals Befürchtungen zurückgewiesen, es könnte im Zuge von Sanktionen in der Ukraine-Krise Gaslieferungen nach Europa stoppen.
Nach Bloomberg-Angaben hatte sich das Weiße Haus bereits an Gasproduzenten wie Katar, Nigeria, Ägypten, Libyen, China und an in Algerien tätige Unternehmen gewandt, um die Produktion zu erhöhen, sollten Kampfhandlungen ausbrechen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4910476_0:0:3285:1848_1920x0_80_0_0_30ef157ae850f6f6ef321dd437a13709.jpg

de.rt.com: **Erdoğan: Der Westen hat die Ukraine-Krise weiter verschärft**
Der türkische Präsident konstatiert ein Scheitern des westlichen Umgangs mit Russland. Die westlichen Staaten sei es nicht gelungen, die Ukraine-Krise zu entschärfen. Zudem bot er die Türkei erneut als Vermittler zwischen Kiew und Moskau an.
Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat erklärt, dass es den westlichen Ländern nicht gelungen sei, die aktuelle Krise mit Russland zu lösen. Im Gegenteil: Die NATO habe die Situation weiter verschärft. Das äußerte Erdoğan am Freitag nach der Rückkehr von einem Besuch in der Ukraine. Gegenüber der regierungsnahen türkischen Zeitung Daily Sabah sagte der Präsident:
"Leider hat der Westen bis jetzt keinen Beitrag zur Lösung dieses Problems geleistet. Ich kann sagen, dass sie die Dinge nur noch schlimmer machen."
Er fügte hinzu, dass US-Präsident Joe Biden "bis jetzt nicht in der Lage war, einen positiven Ansatz für diesen Prozess zu zeigen".
Der türkische Präsident bekräftigte seinen Wunsch, dass Ankara angesichts der derzeitigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen die Rolle eines Vermittlers zugeteilt bekommt. Im vergangenen Monat hatte Erdogan den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij zu einem Treffen auf türkischem Boden eingeladen.
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bestätigte am Freitag gegenüber russischen Medien, dass ein Besuch Putins in der Türkei in Vorbereitung sei. "Wir hoffen, dass er so bald wie möglich stattfinden wird", sagte Peskow. Der Sprecher schloss ein zukünftiges Treffen zwischen Putin und Selenskij nicht aus, sagte aber, es sei "sehr schwierig", diese Angelegenheit im Moment zu besprechen.
Das türkische Staatsoberhaupt zeigte sich dennoch gegenüber der Daily Sabah optimistisch, die Präsidenten Russlands und der Ukraine zusammenzubringen:
"Wir werden jetzt das Datum festlegen. Dann wollen wir hoffentlich dieses Treffen abhalten, um Herrn Putin und Herrn Selenskij auf hoher Ebene zusammenzubringen. Unsere Vereinbarung mit Herrn Selenskij geht in diese Richtung."
Russland hatte wiederholt Behauptungen von NATO-Mitgliedern zurückgewiesen, es bereite

eine Invasion in der Ukraine vor. Die USA und die EU drohten mit neuen Sanktionen gegen Russland, falls es seinen Nachbarn angreift.
Moskau verlangt von der von den USA angeführten Militärallianz rechtlich verbindliche Zusicherungen, nicht näher an Russlands Grenzen heranzurücken. Die NATO lehnte die Forderung Russlands ab, ihre "Politik der offenen Tür" zur Aufnahme neuer Mitglieder offiziell aufzugeben, bot aber zusammen mit den USA andere Schritte zum Abbau der Spannungen in Osteuropa an.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd75f6b480cc66e05df590.jpg

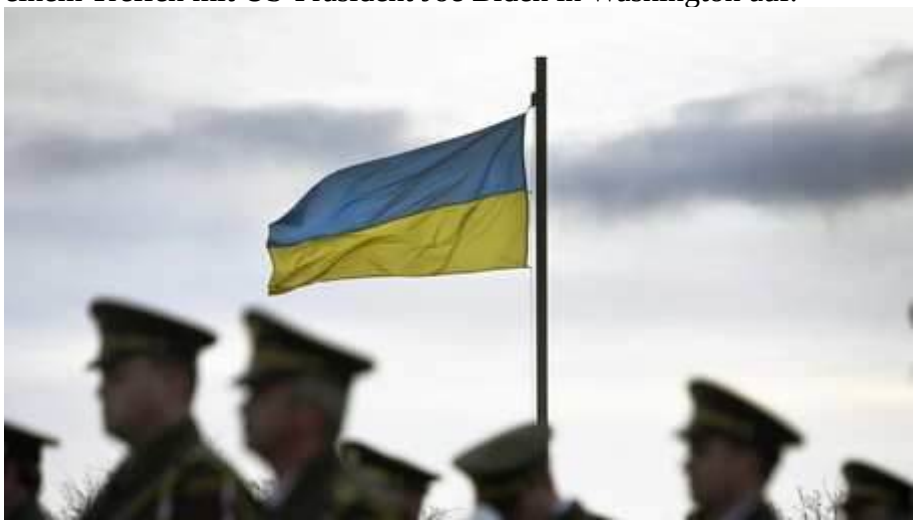
rusvesna.su: **Die OSZE hält die Maßnahmen Russlands gegen die Deutsche Welle für „unverhältnismäßig“**
Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, forderte Russland auf, die Maßnahmen gegen den deutschen Fernsehsender Deutsche Welle zu überdenken und sicherzustellen, dass Journalisten ihre Aufgaben erfüllen können, während sie auf die ähnliche Entscheidung Deutschlands, die Ausstrahlung von RT DE einzustellen, nicht reagierte.
„Die Einführung von Vergeltungsmaßnahmen gegen die Medien und die Bestrafung von Journalisten für die rechtmäßige Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit ausschließlich aus politischen Gründen ist unverhältnismäßig und widerspricht dem eigentlichen Geist der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zur Medienfreiheit.
Ich fordere die russischen Behörden auf, ihren Ansatz zu überdenken und sicherzustellen, dass Medienschaffende weiterhin ihre wichtige Rolle in der Öffentlichkeit wahrnehmen können“, sagte Ribeiro in einer vom Pressedienst der OSZE veröffentlichten Erklärung.
Zuvor hatte das russische Außenministerium erklärt, dass Russland als Reaktion insbesondere auf die Einstellung der Ausstrahlung des Fernsehsenders RT DE das Büro der Deutschen Welle in der Russischen Föderation schließt, die Akkreditierungen aller Mitarbeiter seines russischen Büros annulliert und die Satelliten- sonstige Ausstrahlung des Kanals in Russland stoppt.
Außerdem sagte eine hochrangige Quelle im russischen Außenministerium gegenüber RIA Novosti, dass die gegen die deutschen Medien in Russland ergriffenen Maßnahmen Vergeltungsmaßnahmen seien und dass Russland positiv reagieren werde, wenn Deutschland seine Position gegenüber RT DE ändere.
Die Quelle bemerkte auch, dass während des Besuchs der deutschen Außenministerin Annalena Berbock in Moskau Wege aus der Krise um RT DE vorgeschlagen wurden, aber Berlin sich weigerte, darüber zu diskutieren.
Die russische Ständige Vertretung forderte Ribeira auf, auf das Sendeverbot von RT DE in Deutschland zu reagieren, aber darauf gab es keine öffentliche Reaktion.
Am 1. Februar verbot die Kommission zur Registrierung und Aufsicht der deutschen Medienregulierungsbehörden offiziell die Ausstrahlung des Fernsehsenders RT DE in

Deutschland mit der Begründung, dass die Sendeveranstalter nicht über die erforderliche Genehmigung verfügten.
RT DE Productions hat gegen die Entscheidung der deutschen Aufsichtsbehörde Berufung eingelegt. Das russische Außenministerium erklärte, dass der Fernsehsender auf der Grundlage einer von Serbien ausgestellten Lizenz und in voller Übereinstimmung mit dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen, dem auch Deutschland beigetreten ist, betrieben wird.
Das Außenministerium erklärte, es beginne mit der Umsetzung von Vergeltungsmaßnahmen gegen in Russland akkreditierte deutsche Medien sowie gegen Internet-Dienstleister, die die Konten des Senders willkürlich und unangemessen von ihren Plattformen gelöscht hätten.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/obse_67.jpg

de.rt.com: **Medienberichte: Ukraine übermittelt Waffen-Wunschliste an Bundesregierung**
Die Ukraine hat laut verschiedenen Medieninformationen eine offizielle Anfrage an die Bundesregierung mit einer Liste der gewünschten Waffensysteme gestellt. Diese seien, betont Kiew, rein defensiv und gegen eine angebliche russische Aggression gerichtet.
Die Ukraine hat angesichts des Konflikts mit Russland eine Wunschliste für Waffenlieferungen an die Bundesregierung geschickt. Das berichtete die Süddeutsche Zeitung am Freitag. Das Schreiben listet demnach detailliert zahlreiche von der Ukraine benötigte Waffensysteme auf. Der SZ zufolge bittet das Land um
- Flugabwehr-Raketensysteme mittlerer Reichweite,
- tragbare Flugabwehr-Raketensysteme,
- Anti-Drohnen-Gewehre,
- Mikrowellen-Zerstörungssysteme,
- elektronische Ortungssysteme,
- Nachtsichtgeräte,
- Überwachungskameras und
- Munition.
In dem Schreiben werde betont, dass es sich um "Waffensysteme defensiver Natur" handele. Auch bittet die ukrainische Regierung wegen der "äußerst angespannten sicherheitspolitischen Lage" und der angeblich "drohenden russischen Aggression" um eine "möglichst zeitnahe Bearbeitung" der Anfrage. Später berichtete das ARD-Hauptstadtstudio ebenfalls über die Anfrage der Ukraine.
Die Bundesregierung schloss Waffenlieferungen an die Ukraine bisher aus. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erteilte einer solchen Maßnahme erst am Mittwochabend im heute journal

des ZDF eine deutliche Absage. Von der Ukraine und einigen östlichen NATO-Mitgliedsstaaten wurde diese Haltung zuletzt deutlich kritisiert. Die Ukraine bat nun laut SZ in ihrem Schreiben, das dem Bericht zufolge an das Außen- sowie das Verteidigungsministerin geschickt wurde, um eine "möglichst zeitnahe Bearbeitung dieses Antrags".
Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) wollen in der kommenden Woche mit diplomatischen Besuchen im angespannten Konflikt vermitteln. Baerbock trifft am Montag in Kiew den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sowie Außenminister Dmitri Kuleba. Am Dienstag wird sie die Frontlinie zwischen ukrainischen Regierungstruppen und den Separatisten im Konfliktgebiet Donbass besuchen.
Scholz plante für den 14. Februar eine Reise nach Kiew, einen Tag später will er den russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen. Bereits an diesem Sonntag bricht Scholz zu einem Treffen mit US-Präsident Joe Biden in Washington auf.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd8db3b480cc6c624b5e24.jpg

de.rt.com: **Kreml weist Vorwurf der USA zurück: Weitergabe von US-Dokument durch Moskau ausgeschlossen**
Der Kreml weist die Anschuldigungen der USA zurück, Russland habe angeblich die Reaktion der USA auf die Sicherheitsvorschläge an die spanische Zeitung El País übermittelt. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte, dies sei völlig ausgeschlossen.
Der Kreml weist die Anschuldigungen der Vertreterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland zurück. Sie erklärte in einem Interview, dass Moskau höchstwahrscheinlich hinter der Weitergabe der Dokumente an die spanische Zeitung El País stecke. Dies teilte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow mit. Ihm zufolge gebe der Kreml nicht zu, dass das Leak von russischer Seite stamme:
"Zu unserem Bedauern sind sich unsere amerikanischen Kollegen sehr oft dessen sicher, was sich später als unwahr herausstellt."
Am Mittwoch berichtete die spanische Zeitung El País, sie habe die Antwort der USA und der NATO auf die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien erhalten. Die Datei wurde auf der Online-Seite der Zeitung veröffentlicht. Einer der Autoren des Materials in der spanischen Zeitung, die die Antworten der USA und der NATO auf Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien veröffentlicht hatte, Ibai Arbide Asa, erklärte, dass er sich in der Ukraine befinde und nicht bereit sei, die Quelle zu nennen. Jedoch glaube er, dass die Veröffentlichung des Textes die Verhandlungen nicht beeinträchtigen würde.
Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und ein Abkommen mit der NATO über Sicherheitsgarantien übergeben. Insbesondere fordert Moskau die USA auf, dass die westlichen Partner rechtlich garantieren, dass die NATO nicht weiter nach Osten

expandiert, dass die Ukraine dem Block nicht beitritt und dass sie keine Militärstützpunkte in postsowjetischen Ländern errichtet. Die Vorschläge enthalten auch eine Klausel über die Nichtstationierung von NATO-Angriffswaffen in der Nähe der russischen Grenzen und den Rückzug der Streitkräfte der Allianz in Osteuropa auf ihre Positionen von 1997.
Am 26. Januar übergaben die USA und die NATO Moskau schriftliche Antworten auf Russlands Vorschläge zu Sicherheitsgarantien. Die USA seien bereit, in Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit mit Russland möglich sei, voranzukommen und über die gemeinsame Sicherheit zu diskutieren. Jedoch wird in der Antwort bekräftigt, dass die USA auf die Politik der "offenen Tür" der NATO nicht verzichten werden. Die wichtigsten Bedenken Moskaus wurden zurückgewiesen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd3a4cb480cc31666957b4.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Polnischer Premierminister kündigt Waffenlieferungen an die Ukraine ab nächster Woche an**
In der kommenden Woche werde Warschau mit der Lieferung von Waffen und Munition an Kiew beginnen, berichtete der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Er betonte, die Lieferungen dienten der Verteidigung und nicht Angriffszwecken.
Polen beabsichtigt die Lieferung von Militärgütern in die Ukraine. Dies kündigte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki dem Sender Polsat zufolge am Freitag an. Der erste Transport mit militärischer Ausrüstung soll nächste Woche in die Ukraine aufbrechen, hieß es.
Damit gehe Polen laut Morawiecki auf den Willen seines östlichen Nachbarn ein, sich gegen die russische Aggression zu verteidigen. Der Politiker fügte hinzu:
"Eine sichere Ukraine, eine sichere Grenze ist auch die europäische und polnische Staatsräson."
Dem Regierungschef zufolge stehe das polnische Kabinett in Kontakt mit den Behörden in Kiew. Er verwies in diesem Zusammenhang auf seinen kürzlichen Besuch in der ukrainischen Hauptstadt. Man tausche sich gegenseitig darüber aus, wie man die Chancen auf Frieden und seine Aufrechterhaltung über Polens Ostgrenze hinaus erhöhen könne, so Morawiecki.
Nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti umfassen die geplanten Militärlieferungen unter anderem Artilleriegranaten, Mörser und Granatwerfer. Zuvor wurde über Pläne Warschaus berichtet, leichte Mörser, tragbare Luftabwehrraketen, Drohnen und Munition nach Kiew zu schicken.
Seit mehreren Monaten wird Moskau von Washington und Brüssel vorgeworfen, eine militärische Invasion in der Ukraine vorzubereiten, und behauptet, dass russische Truppen an

die Grenze zum Nachbarstaat vorgerückt seien. Vor diesem Hintergrund hat die NATO begonnen, ihre Präsenz in Osteuropa zu erhöhen. Ende Januar hatte das Pentagon seine Bereitschaft erklärt, 8.500 zusätzliche US-Soldaten nach Osteuropa zu schicken, davon rund 2.000 allein nach Polen. Am Mittwoch gab das US-Verteidigungsministerium bekannt, dass US-Präsident Joe Biden die Truppenentsendung formell genehmigt habe. Die Verlegung der zusätzlichen Armee-Einheiten werde "in den kommenden Tagen" erwartet, hieß es.
Russland hat die angeblichen Planungen für ein militärisches Vorgehen gegen das Nachbarland wiederholt dementiert und betont, dass es seine Truppen innerhalb seines Territoriums bewege. Seinerseits legt Moskau Kiew zur Last, sich nicht an die Minsker Abkommen zu halten, die einen Waffenstillstand und den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie vorsehen.
Der Kreml und das russische Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sie hinter den Handlungen der NATO die Absicht vermuten, in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen Russlands eine ausländische Gruppierung des Militärbündnisses aufbauen zu wollen. Die Eskalation in der Ukraine sowie das Vorgehen der USA und der NATO hätten zum Zweck, Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in das Land zu schicken und die Zahl der Übungen zu erhöhen, womit Kiew zu militärischen Abenteuern gedrängt werde.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd485bb480cc6c1e1d1c57.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Russischer Botschafter zur Stationierung russischer Militäreinheiten in Nicaragua**
Russlands Botschafter in Nicaragua äußerte sich zur möglichen Stationierung russischer Truppen im Land. Die Gesetze des Landes ließen dies zu. Die militärische Zusammenarbeit richte sich jedoch nicht gegen Dritte und war unabhängig von den derzeitigen Spannungen geplant.
Russische Soldaten könnten auf Grundlage der im mittelamerikanischen Land bereits geltenden Gesetze nach Nicaragua entsandt werden, sagte der Botschafter der Russischen Föderation in dem lateinamerikanischen Land Alexander Chocholikow am Freitag in einem Interview mit RIA Nowosti.
Das derzeit geltende, vom nicaraguanischen Parlament jährlich verabschiedete Gesetz über ausländische Militärpräsenz gestatte schon jetzt den Transit und die Anwesenheit von militärischem Personal und Ausrüstung einiger Länder, darunter auch Russland.
Dem Diplomaten zufolge richtet sich die militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Managua nicht gegen dritte Länder, ungeachtet des sich verschärfenden Streits mit den USA

über die möglichen Einsätze. Russland plane eine Intensivierung der russisch-nicaraguanischen Beziehungen in vielen Bereichen, und dies sei auch keine Antwort auf die Politik der USA und der NATO, sagte der Botschafter:
"Völlig unabhängig von der gegenwärtigen politischen Situation auf der Welt und von den durch den kollektiven Westen in den Beziehungen zu Russland interessengeleitet provozierten Spannungen ist ein Ausbau der russisch-nicaraguanischen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Kultur und humanitäre Hilfe sowie im militärischen Bereich geplant."
Chocholikow fügte hinzu, dass die Wahl der Formen der militärischen Zusammenarbeit das souveräne Recht der beiden Länder sei.
Er erinnerte daran, dass seit Langem "eine kleine Gruppe russischer Spezialisten ständig in Nicaragua stationiert" ist, "um die Wartung von militärischer Ausrüstung und Waffen sowie die Ausbildung des nicaraguanischen Militärs durchzuführen".
Über eine Ausweitung der militärischen Präsenz Russlands in Lateinamerika wird seit Ende Dezember spekuliert. Am 26. Dezember hatte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner jährlichen Pressekonferenz eine "militärisch-technische Antwort" auf die Ausbreitung der NATO und des US-Militärs in den postsowjetischen Raum in Aussicht gestellt, sollten die Verhandlungen über eine neue Sicherheitslösung für Europa scheitern.
Anfang Januar schloss der stellvertretende Außenminister Sergei Rjabkow die Entsendung von Truppen nach Lateinamerika nicht aus:
"Der russische Präsident hat sich mehrfach dazu geäußert, welche Maßnahmen er ergreifen könnte, etwa unter Einbeziehung der russischen Marine, wenn die Dinge auf eine Provokation Russlands hinauslaufen und die USA den militärischen Druck auf uns weiter erhöhen."
Washington wehrt sich gegen die Aussicht auf die Stationierung von russischen Truppen etwa in Venezuela und Kuba, knapp 100 Meilen (160 Kilometer) vor der US-Küste.
Mitte Januar warnte der Nationale Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten Jake Sullivan, man werde dem Handeln Russlands "entschieden entgegentreten", "wenn Russland sich in diese Richtung bewegen würde".
Die Spannungen zwischen den USA und Russland verschärften sich in den letzten Monaten, als westliche Politiker Alarm über eine angeblich vorbereitete Invasion russischer Armee in der Ukraine schlugen. Das offizielle Moskau erklärte dagegen wiederholt, dass es nicht die Absicht hat, seinen Nachbarn anzugreifen, und versuchte stattdessen, schriftliche Garantien zu erhalten, die eine NATO-Erweiterung näher an die Grenzen des Landes ausschließen. Dies lehnten USA und NATO inzwischen ab.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd83c3b480cc6cb5278715.jpg

de.rt.com: **USA "gewähren" Iran Sanktionserleichterungen**
In Wien wird eine möglicherweise entscheidende Sitzung zur Wiederherstellung des Atomdeals mit Iran erwartet. Im Vorfeld der Verhandlungen stellen die USA einige

Sanktionserleichterungen wieder her. Sie sollen aus Sicht der USA Iran dazu bewegen, sich wieder an das Abkommen zu halten.
Die US-Regierung stellt vor einer entscheidenden Phase in den Verhandlungen zur Wiederherstellung des Atomdeals mit Iran einige Sanktionserleichterungen wieder her. So werden etwa Sanktionen gegen andere Länder und internationale Unternehmen aufgehoben, die im Zusammenhang mit den zivilen Atomaktivitäten Teherans stehen.
Ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums hat am Freitagabend erklärt, damit werde eine Entscheidung des früheren US-Präsidenten Donald Trump wieder rückgängig gemacht. Im US-Außenministerium wurde dabei betont, dieser Schritt solle "technische Gespräche" internationaler Partner erleichtern. Dies sei aber kein Signal dafür, dass man kurz vor einer Einigung stehe. Auch sei dies kein Zugeständnis an Iran.
Die Verhandlungen in Wien waren Ende Januar unterbrochen worden, damit die Diplomaten zu Beratungen in ihre Hauptstädte reisen konnten. Damit sollten die Gespräche in die letzte Etappe gehen. Deutschland, Frankreich und Großbritannien vermitteln seit Monaten gemeinsam mit Russland und China zwischen Iran und den Vereinigten Staaten, um das Abkommen aus dem Jahr 2015 zu retten. Dabei geht es darum, US-Wirtschaftssanktionen aufzuheben und im Gegenzug das iranische Atomprogramm wieder einzuschränken, um die Entwicklung von Nuklearwaffen zu verhindern.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fe0f06b480cc3f4d6ffe0e.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. Februar um 9:00 Uhr 23.848 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
1644 Personen sind derzeit erkrankt, 19.015 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3189 Todesfälle.

de.rt.com: **Washington: Russland versucht, Japan einzuschüchtern**
Washington hat einen neuen Botschafter in Tokio. Kaum angekommen, mischt er sich in die Beziehungen Japans zu Russland ein und behauptet, der russische Botschafter würde versuchen, die japanische Führung einzuschüchtern.
Die USA haben einen neuen Botschafter in Tokio – Rahm Emanuel. Dieser hat seinem russischen Amtskollegen vorgeworfen, er habe behauptet, Japan behindere die Beilegung eines seit langem schwelenden Territorialstreits. Die Spannung hindert Russland und Japan daran, einen Friedensvertrag zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs zu unterzeichnen.
Auf Twitter schrieb Emanuel am Mittwoch:
"Das Timing des russischen Botschafters, Japan einzuschüchtern, hätte nicht schlechter sein können. Hinsichtlich des Tags der Nördlichen Territorien am Montag scheint es ihm an

Selbstbewusstsein zu mangeln. Regeln und Respekt sind wichtig. Die USA stehen an der Seite Japans und seines Premierministers für unsere gemeinsamen Werte und Prinzipien."
Der US-Gesandte, der letzte Woche in Japan eintraf, bezog sich auf die jüngsten Äußerungen des russischen Botschafters Michail Galusin. Dieser hatte am Mittwoch vor dem Foreign Correspondents' Club of Japan geäußert, jüngste Erklärungen der japanischen Regierung in Bezug auf den Ukraine-Konflikt seien "kontraproduktiv und tragen nicht dazu bei, eine positive Atmosphäre für den Dialog zwischen Russland und Japan zu schaffen."
Galusin antwortete Emanuel in einer Erklärung am Donnerstag und teilte mit, dass "die Zeit reif" sei, das Thema anzusprechen. Moskaus Position sei trotz der "illegalen Behauptungen" aus Tokio vom internationalen Recht gedeckt.
Japan hatte zugesagt, im Falle eines Einmarsches in die Ukraine durch russische Truppen – vor dem westliche Staats- und Regierungschefs seit Monaten warnen – "entschiedene Maßnahmen" gegen Russland zu ergreifen. Moskau bestritt jedoch wiederholt, aggressive Absichten gegenüber der Ukraine zu hegen. Galusin teilte der japanischen Führung mit, dass ihre Erklärung die Bemühungen um eine Lösung des Territorialstreits um die Kurilen und den Abschluss eines Friedensvertrags behindere.
Die vier südlichsten Inseln der Kurilen, die in Japan als Nördliche Territorien bekannt sind, wurden vor Ende des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Soldaten besetzt und der UdSSR durch ihre Verbündeten auf der Konferenz von Jalta als Gegenleistung für eine Beteiligung am Krieg gegen Japan versprochen. Tokio vertritt jedoch die Auffassung, dass die vier Inseln nicht unter das Abkommen fallen. Bis heute gibt es keinen Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten. Moskau hatte angekündigt, einen Friedensvertrag unterzeichnen und den Territorialstreit separat lösen zu wollen, doch Tokio verweigerte dies bisher.
Anfang des Monats reagierte der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi auf die Behauptungen seines russischen Amtskollegen, Japan weigere sich, den Status quo nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen und erklärte:
"Unsere Souveränität erstreckt sich auf die vier nördlichen Inseln. ... Wir beabsichtigen, die Verhandlungen auf der Grundlage unserer Grundposition fortzusetzen, die darin besteht, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, nachdem die territoriale Frage geklärt ist."

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd5863b480cc6d236cd285.jpg

de.rt.com: **Kahlschlag vor der Offensive? YouTube löscht Kanäle der Donbass-Republiken**
Der US-Konzern YouTube löscht mehrere Informationskanäle der nicht anerkannten Donbass-Republiken Donezk und Lugansk. Auch zwei regierungskritische ukrainische Kanäle wurden gesperrt. Experten werten die Restriktion als Zeichen eines bevorstehenden Krieges.
Die Google-Tochter YouTube hat mehrere Medienressourcen der selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk von ihrer Plattform entfernt. Der Schritt erfolgte nachts, ohne

Vorwarnung und Angaben zu den Gründen. Das geht aus einer Erklärung des staatlichen Rundfunkunternehmens GTRK der Volksrepublik Lugansk (LVR) hervor:
"Ohne Vorwarnung wurden die YouTube-Konten der GTRK LVR, des Informationszentrums Lugansk, der Volksmiliz LVR, der Volksmiliz DVR und des Informationsministeriums DVR gelöscht!"
Die offizielle Begründung "Verstoß gegen die Gemeinschaftsregeln" lässt GTRK nicht gelten, da nicht angegeben sei, gegen welche Vorschriften verstoßen worden sei. In der Erklärung wird auf die Gleichzeitigkeit der Löschung verschiedener Akteure hingewiesen: eines Fernseh- und Radiosenders, einer Nachrichtenagentur, einer staatlichen Behörde und des Verteidigungsministeriums.
"Sie alle haben nur eines gemeinsam: Sie sind Informationsressourcen der Donbass-Republiken, die seit acht Jahren um ihre Unabhängigkeit kämpfen."
Das war allerdings nicht die einzige Medienrestriktion im Kontext der Ukraine-Krise. Gleichzeitig wurden die Konten der ukrainischen YouTube-Kanäle 112, Perwy Nesawisimy und UkrLive gesperrt, wie die betroffene Medien selbst berichten. Diese Sender waren im letzten Jahr ohne Gerichtsbeschluss vom ukrainischen Rundfunk ausgeschlossen worden. Die ukrainische Regierung suchte seitdem Wege, die Kanäle auch von YouTube zu verjagen. Die Kanäle lassen gemäßigte regierungskritische Stimmen zu Wort kommen und liefern Standpunkte, die in Kiew tendenziell als "prorussisch" ausgelegt werden.
Lugankser Journalisten brachten diese Maßnahmen mit einer Flut von Nachrichten aus den USA, dem Vereinigten Königreich und der Ukraine über eine angeblich von Russland vorbereitete Aggression gegen die Ukraine in Verbindung. Diese seien Provokationen der ukrainischen, britischen und US-amerikanischen Geheimdienste, um die Stimme des Donbass im Fall eines ukrainischen Angriffs zum Schweigen zu bringen. Der Informationsraum werde im Sinne Kiews "gereinigt", um "die bevorstehenden Verbrechen von der Weltöffentlichkeit zu verbergen". Sie riefen die UNO dazu auf, den Vorfall zum Thema zu machen.
"Wir appellieren an die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Frau Bachelet, und den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Herrn T. Ribeiro, auf diese empörende Situation öffentlich zu reagieren", so GTRK.
Der Präsident der Volksrepublik Lugansk Leonid Pasetschnik nannte die gleichzeitige Löschung der YouTube-Kanäle einen "Informationskrieg des Westens gegen die Donbass-Republiken ohne Regeln". Am Freitag wurden die Seiten der Lugankser Volksmiliz und ihres Pressedienstes auch von Facebook gesperrt.
Diese Nachrichten beunruhigen Experten und Kenner der Region. Dies sei Teil einer komplexen Spezialoperation, schrieb der russische Kriegskorrespondent Alexander Koz auf seinem Telegram-Kanal. Zum Vergleich wies er auf mediale Blockaden während des ersten Donbass-Krieges im Jahr 2014 hin:
"Das alles erinnert mich an 2014, als Kiew das Informationsfeld sorgfältig von Andersdenkenden gesäubert hatte, bevor es den Krieg im Donbass entfesselte. Zuerst waren russische Kanäle abgeschaltet worden, dann wurde russischen Journalisten die Einreise ins Land verboten, und dann begannen die Administratoren der sozialen Medien, jeden zu sperren, der ein anderes Bild als die offizielle Ukraine über das Gemetzel im Donbass zeichnete. Ich hatte selbst drei Facebook-Konten, von denen zwei dauerhaft gesperrt wurden. Und dann haben sie zwei von ihnen ohne jede Erklärung gelöscht."
Die unbelegten Behauptungen der US-Offiziellen über die russische Vorbereitung einer gefälschten Attacke auf den Donbass als fabrizierter Vorwand für den Krieg sind Koz zufolge eine Kampagne zur Entmenschlichung russischer Medien. Es sei kein Zufall, dass die New York Times, die Washington Post und Reuters gleichlautende Fake News veröffentlichten, wonach Russland "ein brandaktuelles Propagandavideo mit Leichen und Schauspielern, die Trauernde darstellen, sowie Bilder von zerstörten Gebieten vorbereitet, um die Invasion zu rechtfertigen".

"Jetzt kann jede russische Reportage aus dem Kriegsgebiet als inszeniert bezeichnet werden." Auch der ukrainische Journalist und Moderator des gelöschten Fernsehsenders 112 Denis Scharkich warnte vor bevorstehenden Provokationen. "Perwy Nesawisimy und UkrLive wurden von YouTube entfernt. Die Reste der Oppositionsmedien werden mit absoluter Unverfrorenheit unter Druck gesetzt. Was ist das für eine Redefreiheit? Ein kalter Krieg wurde wiederbelebt, der sich zu einem bewaffneten Konflikt ausweiten könnte. Die Medien der Opposition haben sich vor allem bemüht, den Hass in der Gesellschaft zu verringern", schrieb Scharkich auf seiner Facebook-Seite.
"Es ist offensichtlich, dass es sich um eine Informationsvorbereitung für den Krieg handelt. Unser Land wird aktiv in die Katastrophe getrieben, sowohl von außen als auch von innen."

Meldungen über False-Flag-Attacken

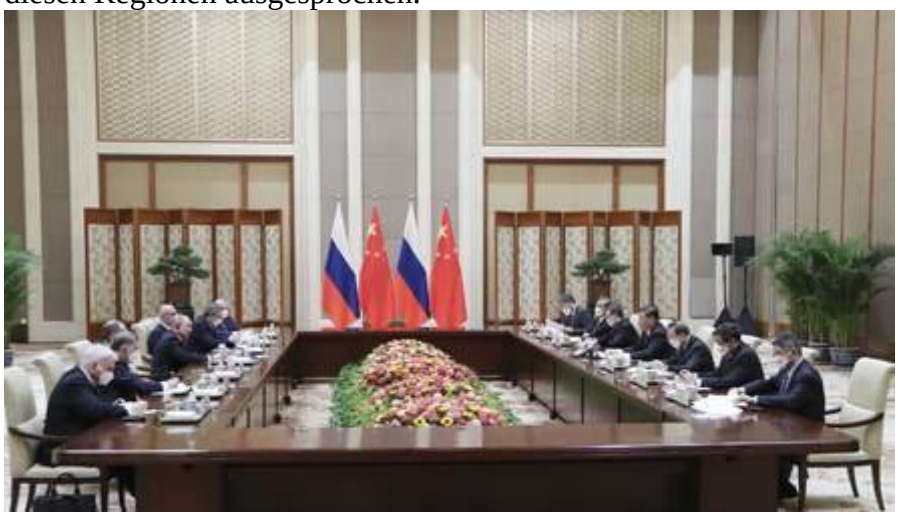
Die USA beschuldigten Russland am Donnerstag erneut, eine Operation unter falscher Flagge vorzubereiten. Diesmal beschuldigte Washington Moskau, ein Propagandavideo mit Krisendarstellern, inszenierten falschen Explosionen und militärischer Ausrüstung der NATO, wie z. B. türkischen Drohnen, als Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine in den kommenden Tagen zu erstellen.
Die Behauptung war erstmals am Donnerstagmorgen von der Washington Post veröffentlicht worden, die sich auf einen ungenannten US-Beamten berufen hatte, der Einschätzungen des US-Geheimdienstes zitiert hatte. Sie wurde dann von CNN und anderen Sendern aufgegriffen.
Am Donnerstagnachmittag erklärte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price, dass die US-Regierung diese Geheimdienstinformationen "veröffentlicht" habe, und wiederholte die Beschreibung des angeblichen Videos, die in den Berichten der Post und von CNN enthalten war.
Das Video sei "vollständig vom russischen Geheimdienst fabriziert" und "eine von mehreren Optionen, die die russische Regierung als Vorwand für eine militärische Aggression gegen die Ukraine entwickelt und diese möglicherweise damit rechtfertigt", so Price. Er fügte hinzu, dass die USA diese Behauptung öffentlich machen, um Russland von seiner "destruktiven und destabilisierenden Desinformationskampagne" gegen die Ukraine abzubringen.
Auf die Frage eines Korrespondenten, ob er Beweise für diese Behauptung vorlegen könne, sagte Price, seine eigene Erklärung sei ein Beweis und stamme aus Informationen, die der US-Regierung bekannt seien.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd6a3bb480cc6be31f3cde.PNG

Mzdnr.ru: Am 4. Februar wurden in der DVR 3295 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 927 positiv, bei 12 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.
In den letzten 24 Stunden wurden 98 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 6 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 65 ins Krankenhaus eingewiesen.
Insgesamt sind 812 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 353 mit

Sauerstoffunterstützung (+12 in den letzten 24 Stunden).
Am 5. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 130.715 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
10.617 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.524 als gesund entlassen, es gibt 9574 Todesfälle.

de.rt.com: **Russland und China fordern USA auf, keine Raketen mehr in Europa und Asien zu stationieren**
Anlässlich des Besuchs von Russlands Präsident Wladimir Putin bei seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in Peking appellierten beide Staatschefs an die USA, von der Stationierung weiterer Raketen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum abzusehen.
In einer gemeinsamen Erklärung fordern Russland und China die Vereinigten Staaten auf, ihre Pläne zur Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in der asiatisch-pazifischen Region (APR) und in Europa aufzugeben. Moskau und Peking beabsichtigen, die Koordinierung in dieser Frage zu verstärken.
"Die Seiten fordern die USA auf, positiv auf die russische Initiative zu reagieren und die Pläne zur Stationierung von landgestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen im asiatisch-pazifischen Raum und in Europa aufzugeben. Die beiden Seiten werden weiterhin Kontakte pflegen und die Koordinierung in dieser Frage verstärken", heißt es in einer Erklärung, die nach einem Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem chinesischen Staatschef Xi Jinping veröffentlicht wurde.
Zuvor hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow die Besorgnis Moskaus über die Absicht Washingtons geäußert, Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum zu stationieren.
Auch das chinesische Außenministerium hat sich gegen die Stationierung von US-Raketen in diesen Regionen ausgesprochen.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd1fc6b480cc436c074d78.jpg

de.rt.com: **Nachrichtenagentur Bloomberg verkündet: "Live: Russland marschiert in die Ukraine ein"**
Die Nachrichtenagentur Bloomberg hat am Freitagabend fälschlicherweise behauptet, Russland wäre in die Ukraine einmarschiert. Erst nach geraumer Zeit wurde dieser "bedauerliche Fehler" erkannt und eine Richtigstellung veröffentlicht.
Internetnutzer, die am Freitagabend gegen 22:00 Uhr die Online-Seite der Nachrichtenagentur Bloomberg besucht haben, konnten ihren Augen kaum trauen. Dort lautete die Hauptschlagzeile:
"Live: Russland marschiert in die Ukraine ein."
Nach Angaben der New York Post wurden die Personen, die die Meldung anklickten, jedoch

auf eine Fehlerseite umgeleitet. Screenshots der Webseite, die auf Twitter geteilt wurden, belegen, dass die sensationelle Behauptung mindestens 24 Minuten lang unbemerkt blieb, bevor sie dann gelöscht wurde. Die nun nicht mehr klammheimliche Entfernung der Schlagzeile findet sich allerdings nur versteckt auf der Seite:
"Wir bedauern diesen Fehler zutiefst. Die Schlagzeile wurde entfernt und wir untersuchen die Ursache."
Folgender Tweet zeigt, dass Bloomberg auf allen Ebenen der Seite den Einmarsch Russlands in die Ukraine verkündete:
This "Russia invades Ukraine" headline was finally taken down after sitting on Bloomberg's site for over 30 min. How did this happen? pic.twitter.com/2mEtmKGSDl
— Olga Lautman (@OlgaNYC1211) February 4, 2022
Die Nachrichtenagentur räumte den Fehler ein und erklärte, dass sie "Schlagzeilen für viele Szenarien" vorbereite und "die Schlagzeile 'Russland marschiert in die Ukraine ein' heute gegen 16.00 Uhr (ET) versehentlich auf unserer Website veröffentlicht wurde".
Es überrascht nicht, dass Medienunternehmen nach monatelangen Parallelkampagnen hinsichtlich forcierter Berichterstattungen zum Russland-Ukraine-Konflikt anscheinend Schlagzeilen für den Tag X vorbereitet abspeichern.
Eine erste Reaktion aus Russland erfolgte über den Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Er bezweifelte am Samstagmorgen, dass es sich dabei um eine absichtliche Provokation gehandelt habe. Man dürfe bei dieser irrtümlichen Veröffentlichung nicht übertreiben. Peskow verwies unter anderem darauf, dass sich Bloomberg für den Fehler bereits entschuldigt hatte.
Ergänzend erklärte der Sprecher des russischen Präsidenten, dass dieser Zwischenfall nachdrücklich die Gefährlichkeit der Situation veranschauliche:
"Dies ist eine ausgezeichnete Veranschaulichung dessen, wie gefährlich die Situation ist, die man mit endlosen aggressiven Erklärungen provoziert, die aus Washington, aus London und aus anderen europäischen Hauptstädten kommen. Dies ist ein anschauliches Beispiel dafür, welche Folgen die äußerst angespannte Atmosphäre haben kann, die sich wegen dieser aggressiven Handlungen unserer Gegenüber in Europa entfaltet hat."
Peskow bezeichnete Bloomberg als ein seriöses Medium. Wegen dieses Vorfalls habe man nun aber allen Grund, von Bloomberg-News statt von Fake News zu sprechen, wenn es darum gehe, Falschmeldungen zu beschreiben.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fe5340b480cc2d3225505b.png

nachmittags:

de.rt.com: **Ukraine übt Häuserkampf und Evakuierung von Verletzten im Gebiet um**

AKW Tschernobyl

Angesichts der Sorgen vor einem angeblichen russischen Einmarsch haben ukrainische Sicherheitskräfte am Freitag in der radioaktiv verseuchten Zone um das AKW Tschernobyl trainiert. Beteiligt waren Angehörige der Polizei, der Nationalgarde und des Rettungsdienstes.

Am 4. Februar hat das ukrainische Innenministerium in der Sperrzone rund um das Atomkraftwerk Tschernobyl taktische und Spezialübungen durchgeführt. Das Training fand im Zusammenhang mit Maßnahmen für einen "erhöhten Schutz der inneren und äußeren Staatsgrenzen" statt. Beteiligt waren Einheiten der Polizei, der Nationalgarde und des Katastrophenschutzdienstes.

Im Vorfeld der Übungen hatte die Pressestelle des Innenministeriums in Kiew angekündigt, dass die beteiligten Einheiten die Koordinierung von Handlungen zur Verteidigung einer Ortschaft, die Kampfführung im urbanen Umfeld und die Behebung von Kampffolgen trainieren würden. Auch ausländische Botschafter sollten den Angaben zufolge anwesend sein.

Innenminister Denis Monastyrski betonte am Freitagabend, dass es sich um die erste Übung dieser Größe in der Sperrzone um das AKW Tschernobyl handelt. In einer Mitteilung auf der Website des Innenministeriums hieß es, dass man auch die Luftaufklärung, den Straßenkampf und die Vernichtung des sich zurückziehenden Gegners geübt habe. Zudem seien Scharfschützen dabei gewesen. Separat habe man den Sturm eines Gebäudes und die anschließende Evakuierung von Verletzten sowie die Beseitigung von Minen trainiert.

In einem Video zeigte die Behörde den Einsatz von Mörsern und das Vorrücken von Nationalgardisten mit gepanzerten Fahrzeugen in der geräumten Stadt Pripjat.

Bei der Übung waren auch der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow und mehrere hochrangige Armeeangehörige anwesend. Resnikow bedankte sich bei Monastyrski für die Einladung und lobte die Professionalität der am Training beteiligten Einheiten des Innenministeriums.

Der Westen warnt seit Wochen vor einer angeblichen Offensive Russlands gegen die Ukraine. Als eines der Szenarien wird immer wieder ein Einmarsch aus dem Nachbarland Weißrussland durch das radioaktiv belastete Gebiet um das im April 1986 havarierte AKW Tschernobyl genannt. Die ukrainische Hauptstadt Kiew liegt nur knapp 70 Kilometer von der Sperrzone und etwas mehr als 80 Kilometer von der weißrussischen Grenze entfernt. Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt solche Pläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fe4e6b48fbef60bc49bbd0.jpg

snanews.de: **„Tun wir das nicht, werden wir zum Spielball“: Habeck will weniger Abhängigkeit von russischem Gas**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hält es aus Sicherheitsgründen für notwendig, Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren und die Versorgung zu diversifizieren.

„Wir müssen unsere Vorsorge für den nächsten Winter verbessern. Die Arbeiten dazu sind bereits angelaufen“, sagte Habeck in einem am Samstag veröffentlichten Interview mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe und der französischen Partnerzeitung „Ouest-France“.

Die geopolitische Lage zwinge Deutschland, „andere Importmöglichkeiten zu schaffen und die Versorgung zu diversifizieren, inklusive der infrastrukturellen Fragen“. Das sei Sicherheitspolitik.

„Wir müssen hier handeln und uns besser absichern. Tun wir das nicht, werden wir zum Spielball.“

Er sehe es kritisch, dass der Gasmarkt komplett dereguliert sei. „Bislang haben wir keine staatlichen Einflussmöglichkeiten. Dabei kann es nicht bleiben“, so der Grünen-Politiker.

Zudem vertritt er die Ansicht, dass eine Inbetriebnahme der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 gravierende Folgen haben könnte.

„Geopolitisch verschärft Nord Stream 2 nicht nur die Abhängigkeit von russischem Gas, sondern auch die Konzentration auf einen Lieferweg, der verletzlich ist“, sagte er.

Die Pipeline erhöhe die Notwendigkeit, die Gasversorgung zu diversifizieren. „Die letzten Wochen und der Konflikt in der Ostukraine haben unsere Sorge, dass Russland seine Gaslieferungen auch gegen deutsche Interessen einsetzt, wachsen lassen.“

Gefragt nach möglichen Sanktionen gegen Russland, wenn es die Ukraine angreifen sollte, sagte der Wirtschaftsminister: „Es ist nicht hilfreich, öffentlich einzelne Sanktionen durchzudeklinieren“. Es sei jede Sanktion denkbar, die geeignet sei, Russland zum Rückzug zu zwingen.

Die Lage sei aktuell brenzlig, so Habeck weiter. „Ziel muss Deeskalation sein. Zugleich ist es richtig, dass die USA und die Europäische Union in großer Gemeinsamkeit sagen: Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird es einen hohen ökonomischen Preis dafür zahlen.“

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/12/5052605_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_ae6416fafa8d9912f4bc8099821133b5.jpg

de.rt.com: **Afrikanische Union fordert Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat**

Auf ihrem Gipfeltreffen in Addis Abeba (Äthiopien) forderte die Afrikanischen Union einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Äthiopiens Premierminister, Abiy Ahmed, kritisierte die Degradierung Afrikas zu einem "Juniorpartner" innerhalb der Vereinten Nationen.

Mit der Forderung nach einem Ständigen Sitz für Afrika im UN-Sicherheitsrat hat am

Samstag in Äthiopien ein Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) begonnen. Äthiopiens Premierminister, Abiy Ahmed, betonte als Gastgeber des Treffens in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba:
"Mehr als sieben Jahrzehnte nach Schaffung der Vereinten Nationen bleibt Afrika ein Juniorpartner ohne bedeutenden Input oder eine tragende Rolle innerhalb des Systems."
Auf der Tagesordnung des Gipfels – der wegen der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie zuletzt vor zwei Jahren stattfand – stehen die verschiedenen Umstürze in Westafrika sowie die Konflikte auf dem Kontinent, darunter in Äthiopien. UN-Generalsekretär António Guterres erneuerte in einer Videobotschaft seine Forderung nach einem Waffenstillstand. Der AU-Vorsitzende Moussa Faki Mahamat kritisierte die jüngsten Putsche als "Desaster".
Im Sicherheitsrat – dem einflussreichsten Gremium der Vereinten Nationen – haben nur die fünf Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich einen Ständigen Sitz. Die anderen Mitglieder wechseln im Zwei-Jahres-Rhythmus. Auch Deutschland versucht seit Jahren, einen dauerhaften Sitz zu bekommen – ohne Erfolg. Viele kritisieren, dass der Sicherheitsrat ein Bild der Weltordnung widerspiegelt, das den heutigen Zuständen nicht mehr entspricht.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fe852a48fbef6b2c170c26.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 05.02.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.
Seit Beginn des heutigen Tages haben ukrainische Kämpfer **sechsmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sirtschenko das Gebiet von **Spartak** mit 120mm-Mörsern beschossen und zwei Mörsergeschosse abgefeuert, außerdem **Gornjak** mit automatischen Granatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade auf Befehl von Gnatow dreimal **Oktjabrj** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen und 25 Granaten abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Pawlopol aus haben sie das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Sosnowskoje** eröffnet und 65 Granaten abgefeuert.
Infolge des Beschusses von Seiten der 56. Brigade gab es einen Brand auf dem Gelände einer Garagenkooperative in Donezk, Uliza Noworossijskaja 5a. Dank der sachkundigen Handlungen von Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums wurde der Brand rechtzeitig gelöscht.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka stationiet sind.
Außerdem haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade ein Kommandostabsfahrzeug R-142 in der Nähe eines Wohnhauses in Pawlopol stationiert.
Nach Angaben unserer Aufklärung wird auf dem Gelände einer der verlassenen Geflügelfarmen in der Nähe von Wolnowacha ein **Training von Sturmgruppen von Kämpfern des Bataillons „Ajdar“** durchgeführt. Die Ausbildung wird von Instrukteuren einer ausländischen privaten Militärkompanie geleitet.
Einwohner in der Nähe gelegener Ortschaften, die durch die Geräusche der nicht endenden Schüsse und dem ständigen Verkehr von Militärtechnik beunruhigt sind, haben sich mehrfach an die örtliche Verwaltung gewandt, aber ihnen wurde unzweideutig zu verstehen gegeben, dass die Staatsorgane keinerlei Maßnahmen ergreifen werden.
Mit dieser Lage der Dinge unzufriedene Anwohner sammeln Unterschriften zur Unterstützung einer Petition an den Präsidenten, die es den ukrainischen Kämpfer verbieten soll, Trainings in der Nähe von Ortschaften durchzuführen und ihr Leben zu gefährden.
Einen weiteren Fall nicht kampfbedingter Verluste haben wir in der 56. Brigade festgestellt. Im Gebiet von Peski erlitten zwei Kämpfer des 21. Bataillons Splitterverletzungen in der Folge der Detonation einer selbstgebauten Sprengeinrichtung.
Nach den Worten von Kameraden wurde die Sprengeinrichtung auf handwerkliche Weise an einer Drohne vom Typ Quadrokopter befestigt und es war geplant, sie auf unsere Positionen im Gebiet von Shabunik abzuwerfen. Aber die schlechte Ausbildung der Kämpfer bei der Steuerung von Drohnen führte zum Absturz auf ihre eigenen Positionen und zur Detonation der Sprengeinrichtung. Die verletzten Kämpfer wurden in das Hospital von Krasnoarmejsk eingeleitet, mit ihnen arbeiten Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft.

snanews.de: **„Bild“ veröffentlicht Geheimdienstangaben über russische „Nachkriegspläne“ in der Ukraine**
Der „Bild“-Zeitung liegen nach eigenen Angaben nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die angeblichen Pläne des Kremls bezüglich der Ukraine vor, die nach einem „Einmarsch“ Russlands in das Nachbarland umgesetzt werden sollen. Die russische Botschaft in Berlin hat den Bericht als Spekulation zurückgewiesen.
Dem Blatt zufolge soll ein nicht genannter ausländischer Geheimdienst Details über russische „Nachkriegspläne“ in der Ukraine gesammelt haben, die aktuell in russischen Militärkreisen diskutiert werden. Die „russische Invasion“ soll demnach „noch im Februar, spätestens aber im März“ erfolgen.
Zu den Plänen sollen nach Angaben des Geheimdienstes unter anderem die Einkesselung und Belagerung der großen Städte des Landes nach der „Vernichtung der ukrainischen Streitkräfte im Feld“ gehören – sowie die Einberufung einer „Marionetten-Legislative“, die Bildung einer von Russland völlig abhängigen Regierung, die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Errichtung von Lagern „zur Inhaftierung proukrainischer Aktivisten“, deren Listen mutmaßlich bereits erstellt würden. Moskaus Pläne würden darauf abzielen, einen „Unionsstaat“ aus heutiger Ukraine, Belarus und Russland zu schaffen, berichtete die Zeitung.
Russische Botschaft spricht von „Gemisch aus Spekulationen und Gerüchten”
Auf eine Anfrage der „Bild“ habe die russische Botschaft in Berlin geäußert, es handele sich bei dem von der Zeitung geschilderten Einmarsch- und Putsch-Szenario um „ein merkwürdiges Gemisch aus Spekulationen und Gerüchten“, das „die Botschaft grundsätzlich nicht kommentiert“.
In der Nacht auf Samstag hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg eine Überschrift veröffentlicht, die über einen angeblichen Einmarsch Russlands in die Ukraine informierte. Die Schlagzeile wurde etwa eine halbe Stunde später entfernt. Die Veröffentlichung sei aus

Versehen erfolgt, berichtete die Agentur und räumte ihren Fehler ein.
Im Dezember hatte die Nachrichtenagentur AP von angeblichen Plänen Russlands berichtet, die Ukraine Anfang 2022 anzugreifen.
Ende Januar hatte das britische Außenministerium der russischen Regierung vorgeworfen, einen „Komplott“ vorzubereiten, um eine „pro-russische“ Führung in Kiew zu installieren. Zuvor hatte der britische Justizminister Dominic Raab Moskau mit Sanktionen gedroht, falls eine von Russland kontrollierte ukrainische Regierung an die Macht kommen sollte.
Berichte über angebliche Vorbereitungen für einen Einmarsch Russlands in die Ukraine werden in den letzten Monaten von den westlichen Medien immer wieder veröffentlicht. Moskau weist derartige Vorwürfe zurück und weist darauf hin, dass dies von den USA und der Nato als Vorwand benutzt würde, um Nato-Truppen und -Ausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen auszubauen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/1a/5143017_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_1d56fc020e4b7a17e9c2690ae74593e9.jpg

de.rt.com: **Maria Sacharowa: Russland wird DW entgegenkommen, wenn Deutschland RT DE grünes Licht gibt**
Die russische Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa hat die Lösung der Situation um die Deutsche Welle in Russland in Aussicht gestellt. Voraussetzung dafür ist, dass RT DE in Deutschland ungehindert senden kann. Sacharowa zufolge geht Russland symmetrisch vor.
Am 4. Februar hat die russische Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa das Verbot des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle in Russland kommentiert. Auf ihrem Pressebriefing in Moskau wies die Diplomatin darauf hin, dass Russland auf das Sendeverbot von RT DE in Deutschland symmetrisch reagiere. Wenn die deutsche Seite den Wunsch habe, die Situation zu diskutieren und einen Ausweg daraus zu finden, sei Russland immer gesprächsbereit. Die weitere Entwicklung hänge von den Handlungen der deutschen Seite ab.
"Wenn sich Deutschland zur Eskalation entschließen sollte, werden wir darauf gleichermaßen antworten. Wenn sich Deutschland zur Normalisierung der Situation entschließt, werden auch wir bereit sein, die Situation zu normalisieren."
Russland sei bereit, das Sendeverbot für die Deutsche Welle in Russland rückgängig zu machen, wenn die deutsche Regierung ihrerseits das Fernsehprogramm von RT DE in der Bundesrepublik erlauben werde. Die Diplomatin teilte darüber hinaus mit, dass der deutsche Auslandssender formell aufgefordert worden sei, am Freitag sein Büro in Moskau zu schließen und die Akkreditierungen seiner Mitarbeiter abzugeben. Dabei gehe es nicht um eine Ausweisung, zumal 16 der 19 Mitarbeiter des Moskauer Büros russische Staatsbürger seien.
"Die Abgabe der Akkreditierungen bedeutet nicht, dass sie abreisen sollen."
Sacharowa betonte zugleich, dass man mit ausländischen Medienvertretern stets in Kontakt sei. Das Außenministerium sei immer bereit, ihnen Hilfe und Unterstützung zu leisten. Vor

diesem Hintergrund zeigte sich die Diplomatin überrascht, dass sich kein Mitarbeiter der Deutschen Welle in Moskau, einschließlich des Büroleiters, direkt an die russische Seite gewandt und um eine Erklärung gebeten habe, obwohl der Sender das Vorgehen der russischen Behörden als nicht nachvollziehbar bezeichnet habe. Stattdessen hätten merkwürdigerweise deutsche Diplomaten das russische Außenministerium kontaktiert, obwohl die deutsche Regierung stets auf der Staatsferne und der Unabhängigkeit der deutschen Medien beharre.
Die Medienaufsichtsbehörde Berlin-Brandenburg (MABB) hatte am Mittwoch RT DE die Ausstrahlung von Sendungen in deutscher Sprache in Deutschland untersagt, weil der Sender angeblich nicht über die erforderliche Lizenz verfügt. Laut einer Erklärung der deutschen Regulierungsbehörde hat der Sender weder eine Genehmigung erhalten noch beantragt und muss daher seine Liveübertragungen im Internet, über die RT News Mobile App und über Satelliten einstellen.
RT DE äußerte bereits seine Absicht, die MABB-Entscheidung vor Gericht anzufechten. In der offiziellen Erklärung diesbezüglich hieß es, der Sender könne nicht nachvollziehen, "aus welchen Gründen eine angeblich informierte und unabhängige Medienanstalt versuchen würde, sich durch offenbar rein politische Motive leiten zu lassen und eine falsche Version, die ihren Absichten entsprechen würde, für die Realität auszugeben".

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fe6806b480cc2c65625810.jpg

abends:

snanews.de: **Absage von Bundespresseamt: Deutsche Welle bei Scholz-Besuch in Moskau nicht vertreten – Medien**
Die „Deutsche Welle“ (DW) wird den Bundeskanzler, Olaf Scholz, bei seinem Besuch in Moskau am 15. Februar laut einem „Tagesspiegel“-Bericht nicht begleiten dürfen.
Wie der „Tagesspiegel“ unter Berufung auf eigene Informationen berichtet, erteilte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unter der Leitung von Regierungssprecher Steffen Hebestreit der „Deutschen Welle“ eine Absage für die Teilnahme.
Mit der Entscheidung, keine Vertreter der „Deutschen Welle“ auf die Liste der mitreisenden Journalisten zu setzen, wolle Scholz offenbar einen Konflikt mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vermeiden, so der „Tagesspiegel“. Das Treffen zwischen Scholz und Putin ist für 15. Februar geplant. Am Tag zuvor wird Scholz in der ukrainischen Hauptstadt, Kiew, erwartet.
Das russische Außenministerium hat am Donnerstag die Schließung des DW-Büros in Moskau verfügt und allen Korrespondenten die Akkreditierung entzogen. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf das Sendeverbot für das deutschsprachige TV-Programm des Staatssender RT DE in Deutschland. Die Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, RT die Sendeerlaubnis zu entziehen, habe Russland „jede andere Wahl“ genommen, hieß es aus dem

russischen Außenministerium.
In Deutschland hatte das Sendeverbot für die „Deutsche Welle“ für viel Kritik gesorgt. Kulturstaatsministerin Claudia Roth sagte der „Augsburger Allgemeinen“, dass es sich beim Sendeverbot für die DW „um eine massive und aus unserer Sicht völlig ungerechtfertigte Eskalation, die Angst und Schrecken unter den ausländischen Journalistinnen und Journalisten in Russland verbreiten und freie Berichterstattung in und aus Russland weiter einschränken soll“, handele. Die russische Maßnahme mache sie traurig und wütend. Es sei offenbar ein Vorwand gesucht worden, „um gegen die Deutsche Welle und die freie Pressearbeit in Russland vorzugehen“.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/04/5240561_0:175:3017:1872_1920x0_80_0_0_0033fc0eb9adbcd38cfa93a513ac0805.jpg

rusvesna.su: **US-Außenministerium: Xi sprach mit Putin „über die falschen Themen“**
Der Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, hätte den russischen Präsidenten Wladimir Putin auffordern sollen, die Lage um die Ukraine zu deeskalieren. Eine solche "Anweisung" an den Staatschef der Volksrepublik China gab es aus Washington.
Laut Reuters wurde sie vom stellvertretenden US-Außenminister für Ostasien und den Pazifik, Daniel Kritenbrink, geäußert. Seiner Meinung nach hätte Xi Jinping Putin bei ihrem Treffen in Peking, wo der russische Präsident zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele eintraf, auf den „richtigen Weg“ bringen sollen.
Er drückte seine offensichtliche Unzufriedenheit darüber aus, dass der chinesische Staatschef den Bestrebungen der Vereinigten Staaten nicht gerecht wurde, und im Gegenteil die These von der Nichterweiterung der NATO unterstützte , anstatt seinen russischen Kollegen zu schelten.
Der Sprecher des Außenministeriums sagte mit Bedauern, dass die gemeinsame Erklärung der beiden Führer gegen die NATO-Erweiterung "einen Ansatz widerspiegelt, die Länder einander näher zu bringen".
Er drohte, dass, wenn Russland „eine weitere Invasion in der Ukraine durchführt“ und China keine Einwände erhebt, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine „starke Antwort“ geben würden, auch in der indisch-pazifischen Region.
Es sei daran erinnert, dass die gemeinsame Erklärung von Xi Jinping und Wladimir Putin, die nach ihrem Treffen in Peking abgegeben wurde, eine große politische Resonanz hervorrief. In den Medien wurde es sogar als ein Ereignis bezeichnet, das den Beginn einer "neuen geopolitischen Ära" markiere.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_si_czinpin_0.jpg